

NORDSÜD NEWS I – Mai 2025

# ENTWICK- LUNG BRAUCHT GELD

## INHALT

### Die Lage

In Sevilla entscheidet  
sich das Schicksal der SDGs . . . . . S.2

### Der Kommentar

Zukunft braucht Sicherheit, gerechte  
Finanzierung und Mitbestimmung . . . . . S.4

### Staatliche Schuldenkrise Ghana

»Gewerkschaften erreichten  
deutlich bessere Bedingungen« . . . . . S.6

### Steuerpolitik Brasilien

Internationale Kooperation  
für Milliardensteuer vorantreiben . . . . . S.8

### Sri Lanka ohne USAID

Rückschlag für die Gewerkschaftsarbeit . . S.10

### AUS DEN PROJEKTEN

Brasilien: »Frauen werden seit  
jeher unsichtbar gemacht« . . . . . S.12

### IN KÜRZE

Rechte älterer Menschen  
Mehr Geschlechtergerechtigkeit  
Arbeitskräfte weltweit stärken  
Existenzsichernde Löhne

**Filmtipp:** An Unfinished Film . . . . . S.14/15

**Impressum** . . . . . S.15

## DIE LAGE

# In Sevilla entscheidet sich das Schicksal der SDGs



**Weltweit ist die Entwicklungspolitik unter Druck. Gelder fehlen. Nichtsdestotrotz wollen die Vereinten Nationen im Juni in Sevilla an der Reform der internationalen Finanzarchitektur arbeiten. Es geht um Armut, Schulden, Hunger – und die Verantwortung der Weltgemeinschaft.**

Die Finanzlücke wird immer größer: Im Jahr 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen 17 Ziele für eine globale nachhaltige Entwicklung bis 2030. Damals war die Lücke für das Erreichen der sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) schätzungsweise 2,5 Billionen US-Dollar groß. Jetzt gehen Expert\*innen davon aus, dass 4 Billionen US-Dollar fehlen, um weltweit Hunger und extreme Armut abzuschaffen, Menschen den Zugang zu sauberem Wasser zu ermöglichen und die übrigen Ziele zu erreichen.

Die Nachhaltigkeitsziele der UN sind ein globaler Plan, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Nach ersten Erfolgen haben Krisen und zunehmende Konflikte wie die Coronapandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu Rückschlägen geführt. In fast allen westlichen Staaten wurden und werden die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zurückgefahren. Dramatische Auswirkungen hat das Einstellen des US-Entwicklungsprogramms durch US-Präsident Donald Trump. Seine Zollpolitik trifft fast alle Staaten und belastet deren Wirtschaft. Sie hindert Länder, ihre Volkswirtschaften gerecht zu entwickeln, fürchtet der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB).

Vor diesem Hintergrund findet in Sevilla im Juni 2025 die 4. Konferenz der UN zur Entwicklungsfinanzierung statt. Der Financing for Development-Prozess der Vereinten Nationen ist der bedeutendste multilaterale Prozess, der sich mit der Reform der internationalen Finanzarchitektur befasst, sagt Bodo Ellmers, Direktor des Programmbereichs Finanzierung für nachhaltige Entwicklung bei der Denkfabrik Global Policy Forum Europe (GPFE). In Sevilla soll es darum gehen, den Rückstand beim Erreichen der SDGs aufzuholen. Verhandelt werden soll etwa über Steuer- und Schuldenregeln sowie die Mobilisierung neuer Finanzmittel. Es steht viel auf dem Spiel. „Bei der Konferenz wird über das Schicksal der SDGs entschieden“, sagt Ellmers.



**» Der IGB fordert eine Mindeststeuer auf Gewinne für Unternehmen von 25 Prozent, eine Milliardärssteuer und eine Finanztransaktionssteuer. «**

Auch die Zivilgesellschaft nimmt Einfluss auf diesen Prozess. Sie ist in einer begleitenden Steuerungsgruppe organisiert. In ihr sind auch die Gewerkschaften vertreten. „Alle Regeln

für die Weltwirtschaft haben direkten Einfluss auf die arbeitenden Menschen“, erklärt Giulia Massobrio, die beim IGB die Vorbereitungen für die Konferenz in Sevilla koordiniert. Die Gewerkschaften wollen erreichen, dass in Sevilla die Weichen für eine angemessene Finanzierung der SDG-Verpflichtungen gestellt werden.

Der IGB fordert unter anderem eine Mindeststeuer auf Gewinne für Unternehmen von 25 Prozent, eine Milliardärssteuer und eine Finanztransaktionssteuer. Er möchte auch erreichen, dass im Abschlussdokument die Forderung nach existenzsichernden Löhnen aufgenommen wird. „Wenn man jemanden außerhalb der UN-Blase fragt, was ‚Entwicklungsfinanzierung‘ für ihn bedeutet, denkt er sofort an sein Einkommen und daran, ob es ausreicht, um über die Runden zu kommen“, sagt sie. Löhne müssten Teil der Abschlusserklärung von Sevilla sein, sie seien ein sehr wirksames Instrument gegen Armut und Ungleichheit.

Eigene Steuereinnahmen sind für Länder die wichtigste Quelle, um staatliche Aufgaben finanzieren zu können. In Entwicklungsländern ist das Aufkommen an Steuern mit 22 Prozent am Bruttonationaleinkommen niedriger als in den OECD-Staaten

mit 34 Prozent. Gründe dafür sind Steuerflucht und -hinterziehung, die Verlagerung der Gewinne von transnationalen Konzernen in Steueroasen sowie der schädliche Steuerwettbewerb. Die Länder des Globalen Südens verlieren dadurch viele Milliarden. Ein systematischer Austausch von Steuerdaten könnte das mindern. „Wichtig ist auch eine Neuverteilung von Besteuerungsrechten zugunsten des Globalen Südens“, sagt GPFE-Experte Ellmers. Konzerne aus dem Norden machen in Entwicklungsländern Geschäfte, können dort aber nur schwer besteuert werden, weil sie über Tochterunternehmen in Steueroasen ihre Bücher manipulieren.

Gleichzeitig zahlen die Industriestaaten nicht die zugesagten Mittel. Das aus dem Jahr 1970 stammende Ziel, dass Länder 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Entwicklungsfinanzierung stecken, wird bis heute nicht erreicht. Dem AidWatch Report 2024 zufolge haben sich die nicht gezahlten Mittel alleine der europäischen Geberländer auf 1,5 Billionen US-Dollar summiert. Deutschland, Frankreich oder Großbritannien und viele andere Länder kürzen Entwicklungsgelder oder schieben sie um. Die EU hat im vergangenen Jahr 2 Milliarden Euro, die für die Entwicklungsfinanzierung vorgesehen waren, in den Grenzschutz umgeleitet.

Dass es auch anders geht, zeigt Spanien, das die Ausgaben erhöhen will. Hier könnte die Konferenz in Sevilla für Besserung sorgen, indem sie einen rechtlichen Rahmen für das 0,7 Prozent-Ziel schafft, das bislang nur eine unverbindliche politische Willenserklärung ist.

Zu den Punkten, die in Sevilla auf der Tagesordnung stehen, gehört neben Steuerfragen die Verschuldung. Denn es nützt nichts, wenn die Länder des Globalen Südens ihre Einnahme-



Foto: CC BY 2.0: Marcel Crozet / ILO

Nicht überall fällt die Ernte so üppig aus wie auf dem Feld hier in Pakistan: 4 Billionen US-Dollar fehlen, um Armut und Hunger zu bekämpfen und die Welt zu einem besseren Ort zu machen.

situation verbessern, das Geld dann aber in den Schuldendienst fließt. Die Idee ist, ein internationales Schulden- und Insolvenzregime zu schaffen. Doch hier blockieren nicht nur die USA, sondern auch die EU.

Noch ist unklar, wie sich die USA in Sevilla verhalten und ob sie den Prozess überhaupt weiter begleiten. Bei den Vorverhandlungen über ein Ergebnisdokument seien sie destruktiv, sagt Ellmers. Sie wollten nicht, dass die UN selbst oder über sie eine andere internationale Organisation wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank ein Mandat erhält, um grundlegende Reformen umzusetzen.

„Aber genau darum geht es“, so Ellmers. „Politische Absichtserklärungen werden nicht reichen, die Sevilla-Konferenz muss ambitionierte Maßnahmen beschließen.“

Sollte ein Abschlussdokument verabschiedet werden, ist es zwar rechtlich unverbindlich. Aber es hat eine große

politische Bedeutung. „Gibt man das auf, gibt man auch die Agenda 2030 auf“, sagt der Finanzierungsexperte. Entscheidend wird der Willen zur Umsetzung nach der Konferenz sein.

Ein wichtiges Forum, um die Diskussion voranzutreiben, ist die Vollversammlung der UN. Im Sommer wird die bisherige deutsche Außenministerin Annalena Baerbock deren Vorsitz übernehmen. Sie könnte in dieser Funktion wichtige Impulse geben, damit Beschlüsse aus Sevilla umgesetzt werden, sagt Ellmers.

Das hofft auch Giulia Massobrio vom IGB: „Das ist eine großartige Gelegenheit, die wir nicht verpassen dürfen.“

### Weiterführende Links

**Positionspapier des IGB zur Entwicklungsfinanzierungskonferenz**

**■ Autorin:** Anja Krüger ist Journalistin. Sie lebt in Berlin und verfolgt die gewerkschaftlichen Entwicklungen seit vielen Jahren.

## DER KOMMENTAR

# Zukunft braucht Sicherheit, gerechte Finanzierung und Mitbestimmung

**Modernisierung? Aber doch nicht in diesen schwierigen Zeiten? Doch. Gerade jetzt muss kluge Politik die Leitplanken für nachhaltiges Wachstum setzen. Und sie muss die Partnerschaften mit Gewerkschaften im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiter stärken, kommentieren Frederik Moch und Jan Philipp Rohde vom Deutschen Gewerkschaftsbund.**

Wir leben in kritischen Zeiten: Klimawandel, technologische Umbrüche, geopolitische Spannungen, Armut und Abstiegsängste prägen das Bild. Statt sozialem Fortschritt, mehr Verteilungsgerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit dominieren Debatten über Abschottung, Demokratieabbau und militärische Konflikte.

Die Weltordnung scheint aus den Fugen geraten, internationale Abkommen werden infrage gestellt, langjährige Partnerschaften wanken. Besonders die konfrontative Politik Donald Trumps hat zuletzt für globale Unsicherheit gesorgt und notwendige Investitionen ausgebremst.

Die Herausforderungen sind immens. Die Großkrisen der letzten Jahre haben bestehende Ungleichheiten vertieft. Oxfam berichtet, dass das Vermögen der Superreichen dreimal schneller wächst als zuvor – während

die Hälfte der Weltbevölkerung in Armut lebt. Der Klimawandel bedroht zunehmend unsere Lebensgrundlage und trifft vor allem die Schwächsten der Gesellschaft.

## **Rückschritt verhindern, Fortschritt vorantreiben**

Gerade jetzt ist es entscheidend, auf einen nachhaltigen Modernisierungspfad zu setzen, der wichtige Impulse für grünes Wachstum und Beschäftigung setzt und so zu einer realen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen führt. Programme wie der „Inflation Reduction Act“ in den USA oder Chinas grüne Strategie zeigen, dass ökologischer Wandel mit wirtschaftlichem Wachstum vereinbar ist. Der Kurs, den Trump nun wieder einschlagen will, sorgt hingegen für massive Unsicherheit – mit gravierenden Folgen für Wirtschaft und Klima.

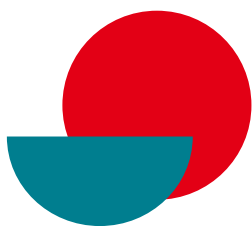
## **Deutschland: Investitionsoffensive nötig**

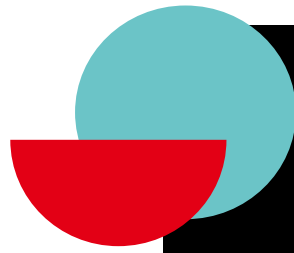
Angesichts des gewaltigen Investitionsstaus in Deutschland ist das von Union und SPD angekündigte Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für die nächsten zwölf Jahre ein wichtiges Signal für Fortschritt und Stabilität. Gut umgesetzt kann es zum

Katalysator für private Investitionen in die Modernisierung der deutschen Volkswirtschaft werden. Doch Studien zeigen, dass der Investitionsbedarf noch deutlich darüber liegt. Zudem fehlen stabile Rahmenbedingungen. Hohe Energiepreise, schleppender Infrastrukturausbau und ein zu enger Fokus auf einzelne Technologien bremsen den Fortschritt. Beherrztes Handeln und klare politische Vorgaben sind dringend nötig, um den Wandel in Gang zu bringen und wirtschaftliche Impulse auszulösen.

## **Soziale Gerechtigkeit als Grundpfeiler**

Neben Investitionssicherheit ist die Verteilung der Transformationskosten zentral. Der CO<sub>2</sub>-Preis soll klimafreundliches Verhalten fördern, doch er belastet ärmere Haushalte überproportional und verstärkt damit die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig reichen die Einnahmen nicht aus, um die dringend nötigen Zukunftsinvestitionen umfassend zu finanzieren. Trotz Sondervermögen stehen viele Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt, große Haushaltslöcher könnten einen Sparkurs erzwingen. Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und





» Wo Gewerkschaften früh eingebunden sind, steigt die Akzeptanz, Investitionen wirken effizienter.«



Foto: Simone M. Neumann

**Jan Philipp Rohde**  
leitet das Referat  
Umwelt-, Klima-, und  
Nachhaltigkeitspolitik  
beim Bundesvorstand  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes, DGB

**Frederik Moch**  
leitet dort die  
Abteilung Struktur-,  
Industrie- und Dienstleistungspolitik



Foto: Simone M. Neumann

großer Vermögen wäre ein zentraler Hebel, um die Finanzierungslücke zu schließen – und zugleich die soziale Gerechtigkeit zu stärken

### **Internationale Zusammenarbeit sichern**

Der zunehmende Spardruck macht auch vor der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimapartnerschaften nicht halt. Sinnvollerweise bleiben das Entwicklungsministerium bestehen. Programme wie die „Just Energy Transition Partnerships“ sollen in enger Kooperation mit Gewerkschaften fortgeführt werden. Das sind wichtige Signale für Deutschlands Rolle als verlässlicher internationaler Partner. Klar ist: Neue Mittel gibt es nicht. Umso wichtiger ist der strategische Einsatz bestehender Gelder. Chancen bieten vertiefte Partnerschaften und neue Abkommen – etwa zu Wasserstoff, erneuer-

baren Energien, Rohstoffen oder nachhaltigen Wertschöpfungsketten. Im Zentrum muss stets eine gerechte Strukturentwicklung mit guten Jobs, regionaler Perspektive und lokaler Beteiligung stehen.

### **Mitbestimmung als Erfolgsfaktor**

Für gelingende Transformation ist Mitbestimmung entscheidend. Wo Gewerkschaften früh eingebunden sind, steigt die Akzeptanz, Investitionen wirken effizienter. Gute Löhne sichern Lebensstandard und verteilen Modernisierungsgewinne breiter. Das Prinzip des gerechten Wandels („Just Transition“) ist inzwischen zu einem zentralen Anliegen von Gewerkschaften weltweit geworden. Dabei geht es längst nicht mehr nur um die Begleitung von Strukturwandel und betrieblicher Veränderung, sondern zunehmend auch um Klimaanpassung und Katastrophenschutz. In Sri Lanka

und Fidschi haben Gewerkschaften Tarifverträge mit Schutzmaßnahmen gegen Hitze und mit Notfallplänen im Katastrophenfall geschlossen.

Starke Arbeitnehmervertretungen können im sozialen Dialog mit Regierungen und Arbeitgebern auf Augenhöhe sowohl ökologische als auch soziale Standards durchsetzen. Umso wichtiger ist es, demokratische Gewerkschaften weltweit – auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit – gezielt zu fördern und zu stärken.

Gute Beispiele zeigen, eine gute Zukunft ist gestaltbar!



## STAATLICHE SCHULDENKRISE GHANA

# »Gewerkschaften erreichten deutlich bessere Bedingungen«

**Ghana steckt in der Schuldenkrise. Um da raus zu kommen, hat die Regierung Sparmaßnahmen ergriffen, die ärmere Menschen besonders treffen. Dann haben Gewerkschaften Druck gemacht. Nun seien zumindest die Renten gesichert, erklärt Expertin Kristina Rehbein.**

**NSN:** Kristina Rehbein, vor gut zwei Jahren hat Ghana eine Umschuldung im G20 Schuldenrahmenwerk beantragt. Hat es die Schuldenkrise hinter sich?

**Kristina Rehbein:** Mit den meisten seiner Gläubiger, die in Frage kommen, hat es letztes Jahr einen Deal ausgehandelt. Das sind öffentliche bilaterale Geber, also andere Regierungen, und private Gläubiger, also Anleger. Wichtig ist, das Rahmenwerk ist keine Entschuldungsinitiative, sondern ein Forum für Gläubiger, die sich miteinander koordinieren. Die Schulden wurden so reduziert, dass nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) Ghana gerade unter die Schwelle eines hohen Überschuldungsrisikos rutscht. Das heißt aber auch, passiert jetzt ein wirtschaftlicher Schock, kann Ghana wieder in die Krise geraten.

**NSN:** Für die Menschen in Ghana ist die Schuldenkrise schlimmer oder sind es die IWF-Sparmaßnahmen, die Gläubiger fordern?

**Kristina Rehbein:** Das lässt sich nicht eindeutig beantworten. Eine Schuldenkrise kann zum Beispiel dazu führen, dass der Staat sehr hohe Zahlungen an Schuldendienst leisten muss.

Diese Gelder fehlen dann für anderen Bereiche, also Investitionen in den Ausbau von Infrastruktur, Klimawandel, soziale Sicherung. In Ghana ist es durch die Umschuldung gelungen, den relativen Schuldendienst stark zu senken. Gleichzeitig begann die Regierung in Vorbereitung auf das IWF-Programm schon mit Austeritätsmaßnahmen, zum Beispiel erhöhte sie die Mehrwertsteuer von 2,5 Prozent auf 15 Prozent und kürzte im Gesundheitswesen. Um sozial negative Auswirkungen von solchen Maßnahmen aufzufangen, empfiehlt der IWF gezielte Sozialprogramme.

**»Gewerkschaften können sich international und national einbringen«**

**NSN:** Wie sehen die aus?

**Kristina Rehbein:** Das sind Auszahlungen an besonders vulnerable Menschen. Die waren in Ghana allerdings sehr niedrig angesetzt. Die Weltbank prognostiziert, dass die Armut auch trotz der Programme deutlich ansteigen wird. Der Zeitraum ist aber noch zu kurz, um Auswirkungen schon zu bewerten.

**NSN:** Eine weitere Forderung der Gläubiger war, dass die Regierung ihre Schulden bei inländischen Banken verkleinert. Wie wirkt sich das aus?

**Kristina Rehbein:** Eigentlich haben Auslandsschulden mit Inlandsschulden nichts zu tun. Sie entstehen, wenn zum Beispiel inländische Banken in ghanaische Staatsanleihen oder Pensionsfonds investieren. Diese Forderungen als Voraussetzung für Verhandlungen mit ausländischen Gläubigern in die Umschuldung mit einzubeziehen ist fragwürdig, denn es werden damit nur inländische Ressourcen frei. Ausländische Gläubiger verlangen aber Dollar. Gleichzeitig schwächt es die heimische Wirtschaft. Denn wenn einheimische Banken Verluste haben, geben sie weniger Kredite für Unternehmen, die dann vielleicht Mitarbeiter\*innen entlassen müssen.

**NSN:** Wie haben Gewerkschaften reagiert?

**Kristina Rehbein:** Als die Pensionsfonds in die Inlandsumschuldung einbezogen werden sollten, gab es massiven Widerstand der Gewerkschaften und der Berufsverbände. Sie haben mit einem Generalstreik

Foto: erlassjahr.de



» Gewerkschaften nehmen immer mehr die Funktion eines Wächters ein.«

Kristina Rehbein

gedroht. Infolgedessen sagte die Regierung zu, dass die Pensionsfonds ausgenommen werden. Später wurden sie zwar doch einbezogen, aber die Gewerkschaften erreichten deutlich bessere Bedingungen mit sehr geringen Vermögensverlusten.

#### NSN: Was beobachten Sie in anderen Ländern im Globalen Süden? Sind Schulden ein Thema für Gewerkschaften?

**Kristina Rehbein:** Das ist eine ganz spannende Entwicklung. In Sri Lanka zum Beispiel lief es ähnlich wie in Ghana, so dass die ausländischen Gläubiger eine Inlandsumschuldung forderten. Der Wert von Pensionsfonds wurde dadurch halbiert. Das betraf sowohl den öffentlichen Sektor als auch zum Beispiel Frauen in der Bekleidungsindustrie oder Teepflücker, die sowieso schon geringe Löhne kriegen. Das hat die Gewerkschaften stark auf den Plan gerufen.

#### NSN: Wie haben sie reagiert?

**Kristina Rehbein:** Sie verfassten Analysen, informierten die Öffentlichkeit, organisierten Proteste. Auch in Sambia, das ebenfalls unter dem G20 Rahmenwerk eine Umschuldung verhandelt hat, protestierten

tausende Arbeiter\*innen für höhere Schuldenerlasse. Gewerkschaften nehmen immer mehr die Funktion eines Wächters ein. **Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB hat letztes Jahr eine Studie vorgelegt**, wie Schulden und IWF-Maßnahmen Gewerkschaften betreffen, und gezeigt, wie sie sich einbringen können.

#### NSN: Wie denn?

**Kristina Rehbein:** Gewerkschaften können sich international für faire Schuldenlösungen und Reformen bei Finanzinstitutionen einsetzen. National können sie mehr Beteiligung, Transparenz und den Schutz der Beschäftigten in der Schuldenpolitik durchsetzen.

#### NSN: Welche Reformen braucht es?

**Kristina Rehbein:** Im Gegensatz zu Privatschulden gibt es bei Staatschulden keinen rechtlichen Rahmen, das heißt bei einer Insolvenz hängt alles davon ab, wie die Machtverhältnisse am Verhandlungstisch zwischen Gläubiger und Schuldner sind. Natürlich will der Gläubiger sein Geld wieder, das ist auch sein legitimes Recht. Aber es muss in Einklang gebracht werden mit dem Überleben des Schuldners in Würde. Die

Afrika Gruppe der Vereinten Nationen fordert deshalb, einen solchen rechtlichen Rahmen in der UN auszuhandeln.

**Interviewte:** Kristina Rehbein ist politische Koordinatorin vom entwicklungspolitischen Bündnis erlassjahr.de und im Vorstand des European Network on Debt and Development. Sie hat zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Schuldenrestrukturierung in Ghana publiziert.

**Interviewerin:** Leila van Rinsum ist Journalistin, sie lebt in Berlin und schreibt über Entwicklungspolitik und Schuldenthematik.

## STEUERPOLITIK BRASILIEN

# Internationale Kooperation für Milliardärssteuer vorantreiben

Um den Kampf gegen Hunger und Armut zu finanzieren, braucht es Geld. Warum nicht diejenigen heranziehen, die vom herrschenden System profitieren? Eine Idee ist der Vorschlag von Brasiliens Präsident Lula für eine globale Reichensteuer.



Foto: CC BY-ND 2.0: Ricardo Stuckert/PR/flickr

Brasiliens Präsident Lula nutzt die G20-Bühne, um eine Steuer für Superreiche zu fordern.

Hunger und Armut seien nicht das Resultat von Ressourcenknappheit oder Naturkatastrophen, sie seien die Folge politischer Entscheidungen: So lautete die klare Ansage von Brasiliens Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva an die in Rio de Janeiro im Kunstmuseum versammelten Staatsoberhäupter. Es war November 2024, Brasilien Gastgeber des G20-Gipfels. Und Lula machte deutlich, was im Fokus dieser Runde der einflussreichsten Länder der Welt stehen muss: die Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Er schlug auch konkrete Maßnahmen vor, um dieses Ziel

zu erreichen: „Internationale Steuerkooperation ist entscheidend, um Ungleichheiten zu verringern.“

Eine Besteuerung von zwei Prozent auf das Vermögen von Superreichen könnte laut Lula jährlich etwa 250 Milliarden US-Dollar einbringen. Brasiliens Initiative fand Erwähnung im Abschluss text des Gipfels, ohne jedoch einen spezifischen Steuersatz zu nennen oder konkreter zu werden. Bereits im Juli 2024, ebenfalls in Rio de Janeiro, hatten sich die Finanzminister der G20 dazu verpflichtet, bei der Besteuerung

von Milliardären „zusammenzuarbeiten“. Sie konnten sich jedoch nicht auf die Einführung einer globalen Steuer einigen.

Die Idee ist nicht neu: Der französische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman fordert seit vielen Jahren eine gerechtere Verteilung der Steuerlast, insbesondere durch die Einführung einer globalen Vermögenssteuer. In den letzten zehn Jahren konnte das reichste ein Prozent der Welt sein Vermögen um stolze 42 Billionen US-Dollar steigern. Gleichzeitig leiden





## »Die Besteuerung der dreitausend Milliardäre ist eine konkrete Möglichkeit, den Hunger zu bekämpfen.«

Antonio Lisboa, CUT

weiterhin mehr als 700 Millionen Menschen an Hunger.

Für Lula, der aus einer bitterarmen Landarbeiterfamilie stammt, ist die Bekämpfung von Armut ein Herzensprojekt. Während des G20-Gipfels kündigte er die Gründung einer globalen Allianz gegen Hunger an. Diese soll bis 2030 rund 500 Millionen Menschen durch Geldtransferprogramme und Sozialschutzsysteme unterstützen.

Auch in der Klimapolitik drängt seine Regierung auf hohe Summen, um die bereits entstandenen Klimaschäden zu beheben. Sie verweist auf die historische Verantwortung der Industrieländer.

Lulas Vorschläge zeugen von einem neuen Selbstbewusstsein des Globalen Südens: Die Länder wollen sich nicht länger Vorgaben vom Westen machen lassen, sondern eine eigene Agenda entwickeln. Das nächste große Treffen der Staatschefs wird die Weltklimakonferenz im November in der Amazonas-Metropole Belém sein. Es ist zu erwarten, dass Lula auch hier das Thema Besteuerung wieder auf die Agenda setzen wird.

In Zeiten erheblicher politischer Umwälzungen bleibt allerdings völlig ungewiss, wie erfolgreich diese Initiativen sein können. Donald Trumps „America First“-Doktrin priorisiert

ationale Interessen gegenüber multilateralen Abkommen und internationalen Kooperationen.

Rückendeckung erhält Lula auf jeden Fall von Gewerkschaften im eigenen Land. „Die Besteuerung der dreitausend Milliardäre ist eine konkrete Möglichkeit, den Hunger zu bekämpfen. Wir müssen mehr von denen verlangen, die mehr verdienen, und weniger von denen, die weniger verdienen“, erklärt Antonio Lisboa, Sekretär für Internationale Angelegenheiten des brasilianischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT.

Ein Stimmungstest für die globale Besteuerungsinitiative könnte ein Gesetzesprojekt in Brasilien sein. Der von Präsident Lula eingebrachte Entwurf sieht vor, Steuerbefreiungen für Geringverdiener\*innen auszuweiten. Dieses Vorhaben war eines seiner zentralen Wahlversprechen und soll die finanzielle Belastung armer Brasilianer\*innen reduzieren. Um die dadurch entstehenden Mindereinnahmen auszugleichen, plant die Regierung, Spitzeneinkommen stärker zu besteuern. Für Lula ist die Initiative auch der Beginn des Wahlkampfes. Im Oktober 2026 stehen Wahlen an, und der Sozialdemokrat kämpft mit sinkenden Umfragewerten, insbesondere aufgrund steigender Lebensmittelpreise. Viele gehen davon aus, dass der 79-jährige ehemalige

Gewerkschaftsführer dennoch erneut kandidieren wird – vor allem mangels alternativer Kandidat\*innen im progressiven Lager.

Lula sieht sich erheblichem Gegenwind aus dem rechten Establishment und Teilen des Finanzsektors ausgesetzt. Obwohl Brasilien keinen übermächtigen Tech-Milliardär wie Elon Musk hat, gibt es dennoch politisch einflussstarke Superreiche, die Steuerinitiativen der Regierung als kommunistisches Hexenwerk brandmarken. „Im Kongress sitzen viele Unternehmer und Bankiers. Sie sind die Inhaber großer Vermögen und wollen keine Steuern zahlen“, sagt Sérgio Nobre, Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes CUT. In Brasilien, einem der ungleichsten Länder der Welt, leben Millionen von Menschen in extremer Armut. Gleichzeitig ist es laut Forbes das Land mit den siebtmeisten Milliardären weltweit.

**Autor:** Niklas Franzen ist Journalist, er hat lange in Brasilien gelebt und recherchiert dort auch heute immer wieder vor Ort.

## SRI LANKA OHNE USAID

# Rückschlag für die Gewerkschaftsarbeit

US-Präsident Donald Trump stützt die Entwicklungsfinanzierungsagentur USAID radikal zusammen. Das trifft auch Sri Lankas Gewerkschaftsbewegung schwer. Wo sollen so schnell neue Geldquellen erschlossen werden?



Foto: CC BY-ND 2.0: Solidarity Center/flickr

Das Solidarity Center hilft bei gewerkschaftlichen Initiativen: Organizer-Treffen der Hotelgewerkschaften in Sri Lanka.

Der Schock reicht bis weit nach Süd-asien: „Mit einer Entscheidung in diesem Umfang hatten wir nicht gerechnet“, sagt Manoranjan Pegu, Experte für Arbeitnehmendenrechte und Soziale Bewegungen. Er arbeitet beim Solidarity Center in Sri Lanka – und spricht über die Kürzung von Entwicklungsgeldern aus den USA. Wie massiv die Folgen im Einzelnen seien, lasse sich mit Stand Ende März noch nicht genau sagen, erklärt Pegu. Bei einigen Organisationen habe die USAID-Unterstützung größere Teile ihres Budgets ausgemacht. Da reiße der Ausfall dieser Zuschüsse riesige Lücken. „Auch wir haben schon Leute entlassen müssen. Betroffen sind weite Teile der Zivilgesellschaft.“

Die United States Agency for International Development – so der volle Name hinter dem Kürzel USAID – besteht seit 1961 und gehört zu den größten Entwicklungsfinanzierern weltweit. Formal ans Außenministerium angedockt, arbeitete die Behörde bis 2024 mit größerer Autonomie und war mit Nothilfe, eigenen Projekten und Förderprogrammen in unzähligen Ländern des Globalen Südens aktiv – inhaltlich von Klimawandel-Anpassung bis medizinische Versorgung.

Viele Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter gewerkschaftliche Initiativen, wussten diese Hilfe zu schätzen. Doch dem neuen US-Präsidenten

Donald Trump ist solche „Geldverschwendung“, wie er es sieht, ein Dorn im Auge. Ende Februar hatte er deshalb, schon kurz nach Amtsantritt, die Zerschlagung der Agentur verkündet. Der als Berater für Effizienzsteigerung engagierte Tech-Milliardär Elon Musk, Trumps Mann fürs Grobe beim Kahlschlag in regierungsamtlichen Strukturen, bezeichnete USAID sogar als „kriminelle Organisation“. Tausende Mitarbeitende in den USA erhielten ihre Entlassungspapiere.

Weltweit sind dadurch laut der Informationsammlung auf <https://www.usaidstopwork.com/> bereits über 171.000 Jobs bei 145 Partnern weggefallen. Obwohl ein Bundesrichter

**» Geförderte Projekte sind essenziell, um gewerkschaftliche Organisation zu stärken und für würdevolle Arbeitsbedingungen zu kämpfen. «**

Manoranjan Pegu, Solidarity Center

im März die geplante vollständige Abwicklung der Behörde zunächst als verfassungswidrig stoppte, bleiben die Kürzungen – etwa 83 Prozent des Budgets.

In Sri Lanka geht es den Gewerkschaften wie in anderen Ländern Südasiens: Bisläng gibt es kaum alternative Finanzierungsquellen. Das Solidarity Center, für das Pegu seit rund zweieinhalb Jahren koordinierend tätig ist, ist auch in Bangladesch, Nepal, Kambodscha, Thailand und den Philippinen aktiv. Von sieben Büros sind einige schon ganz geschlossen, andere von drastischen Einsparungen betroffen. In Sri Lanka, wo das Center zu 90 Prozent Partner aus der Gewerkschaftsbewegung unterstützt, belaufen sich die Reduzierungen laut vorläufigen Schätzungen auf etwa 60 Prozent. „Ich glaube nicht, dass es in absehbarer Zeit möglich sein wird, diese Ausfälle durch andere Quellen zu ersetzen“, sagt Pegu.

Die Kürzungen betreffen eine Vielzahl von Projekten in unterschiedlichen Sektoren gewerkschaftlichen Engagements. Besonders schlimm sei das, weil es sich zumeist um kleinteilige Strukturen handle, die ohnehin unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Als Beispiel nennt der Exper-

te die Gewerkschaft der Hausangestellten, die sich dafür einsetzt, dass diese endlich offiziell in den Geltungsbereich des Arbeitsrechts aufgenommen werden. Denn das würde bedeuten, dass sie als reguläre Beschäftigte mit Grundrechten und Anspruch auf bestimmte Sozialleistungen anerkannt wären.

Im Pflegebereich müsse ein Projekt schließen, das erst seit drei Monaten laufe, und auch im Textilsektor oder auf den Teeplantagen werde gewerkschaftliches Engagement mit der Trump-Entscheidung massiv zurückgeworfen, betont er. „Ohnehin sind in Sri Lanka nur etwa zehn Prozent aller Beschäftigten organisiert“, erklärt er. Eine Zahl, die sich mit dem deckt, was das in Pakistan angesiedelte Center for Labour Research (CLR) in einer Untersuchung 2022 ermittelt hatte. Gerade deshalb, unterstreicht Pegu, seien geförderte Projekte so essenziell, um gewerkschaftliche Organisation zu stärken und für würdevolle Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Im Inselstaat, der sich erst mühsam von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit 1948 erholt hat, kommt die radikale Bremse der USAID-Mittel noch zu einem besonders ungünstigen Zeitpunkt.

Zwar gilt die neue Regierung unter dem linken Präsidenten Anura Kumara Dissanayake als sozialer als ihre Vorgänger. Aber immer noch fordert der Internationale Währungsfonds (IWF) mit seinen Sparauflagen strukturelle Veränderungen. „Im weiteren Erholungsprozess nach der Krise geht es um inklusiven Wandel, der die Arbeitenden und ihre Rechte nicht außen vor lässt. Das sind Diskussionen und Kämpfe, die einen langen Atem brauchen“, sagt der Koordinator des Solidarity Center. Weder seine Organisation noch die einzelnen Gewerkschaftspartner hätten nennenswerte Rücklagen, um die entstandenen Finanzierungslücken abzufangen.

**Autor:** Thomas Berger ist Journalist, lebt in Brandenburg und ist immer wieder in Süd- und Südostasien unterwegs.

## BRASILILIEN

# »Frauen werden seit jeher unsichtbar gemacht«

**Projekt des DGB Bildungswerk mit der CONTAR stärkt die Gleichstellung von Landarbeiterinnen. Maria Samara de Souza kämpft als Gewerkschafterin gegen Rassismus und Sexismus in der Landwirtschaft.**

Als Maria Samara de Souza und ihre Kolleginnen sich für die Stelle als Traktorfahrerinnen bewarben, bekamen sie zu hören: „Männerarbeit!“ Auch die besser bezahlten Tätigkeiten als Bewässerer oder Vorarbeiter waren nicht für Frauen vorgesehen. De Souza stammt aus dem São Francisco-Tal im Bundesstaat Bahia, der Obstkammer Brasiliens. Bereits mit 18 Jahren begann sie, auf den riesigen Weintrauben-Plantagen zu arbeiten. Heute ist sie Gewerkschafterin und setzt sich dafür ein, dass Frauen auf dem Land nicht länger diskriminiert werden.

De Souza arbeitet für die CONTAR, die Konföderation der angestellten Landarbeiter\*innen. Mehr als 600 Gewerkschaften sind in dem Dachverband organisiert, sie vertritt mehr als vier Millionen Landarbeiter\*innen in ganz Brasilien. Kaffee, Zuckerrohr, Viehzucht, Kakao: Die meisten Agrarprodukte gehen ins Ausland. So auch ein Großteil der Trauben, die de Souza noch vor ein paar Jahren pflückte. In ihrer Heimat Bahia sind rund fünfzig Prozent der Erntearbeiter\*innen gewerkschaftlich organisiert. Dennoch bleibt die Situation der Beschäftigten auf dem Land weiterhin problematisch.

Brasilien weist eine der höchsten Land- und Einkommenskonzentrationen in der ganzen Welt auf. Die extrem ungleiche Verteilung hat ihre Wurzeln im Kolonialismus, da bereits unter portugiesischer Herrschaft Großgrundbesitz etabliert wurde, der soziale Ungleichheit verfestigte. Bis heute hält diese Problematik an: Wenige Großgrundbesitzer\*innen kontrollieren den Großteil des nutzbaren Landes, während Millionen Kleinbauern und Landlose kaum Zugang zu Land und Ressourcen haben.

Soziale Bewegungen wie die Landlosenbewegung MST versuchen, sich durch Besetzungen Land anzueignen. Millionen Brasilianer\*innen schufteten wiederum für einen Hungerlohn auf den großen Landgütern. Immer wieder muss die Polizei Arbeiter\*innen aus sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen befreien. Unter der Regierung von Ex-Präsident Jair Bolsonaro verschärfte sich die Situation weiter. Die rechtsradikale Regierung strich die Mittel für Inspektionen des Arbeitsministerium, führte einen regelmäßigen Feldzug gegen Gewerkschaften. Und es gibt noch weitere Probleme, historische.

## Erfolge im ersten Projektjahr

- Mehr als 200 Landarbeiter\*innen nahmen an Aktivitäten wie Trainings zu Feminismus und Antirassismus teil.
- Fünf regionale Kommissionen und eine nationale Kommission zu Antirassismus und Antisexismus wurden eingerichtet und erarbeiten gewerkschaftsübergreifende Aktionspläne.
- In Tarifverhandlungen werden feministische und antirassistische Klauseln diskutiert.

„Frauen werden seit jeher unsichtbar gemacht“, sagt die 34-jährige de Souza. Landarbeiterinnen verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen, sind seltener in Führungspositionen und auf der Arbeit von Sexismus betroffen. Oft werden Frauen nicht zugetraut, Arbeit mit schweren Maschinen zu erledigen. „Und wenn die Frauen schwarz sind, erleben sie noch viel stärkere Diskriminierung.“ Brasilien, das als letztes Land Sklaverei abschaffte, ist trotz multiethnischer Gesellschaft stark von Rassismus geprägt. Schwarze haben eine geringere Lebenserwartung, schlechtere Bildungschancen, verdienen weniger.





»Viele Frauen wissen heute, wie sie sich wehren können.«

Maria Samara de Souza

Das zu ändern sei eine „historische Reparatur“, meint de Souza. Mit Unterstützung des DBG Bildungswerks leitet sie ein Projekt, um Rassismus und Sexismus auf dem Land zu bekämpfen. Sie organisieren eine Ausbildung für Landarbeiterinnen. Die Frauen machen Seminare zu Themen wie Rassismus, Frauen- und Menschenrechten – meist mit externen Trainer\*innen aus der Wissenschaft und sozialen Bewegungen. „Viele Frauen wissen anfangs überhaupt nicht, dass sie unterdrückt werden“, sagt de Souza. „Doch nach unserem Kurs, wissen sie, was falsch läuft.“ Und sie lernen, wie sie Widerstand leisten können, schaffen Netzwerke, bekommen Instrumente an die Hand.

Die Idee: Die Frauen, die die Kurse machen, tragen das Wissen zurück „an die Basis“. Sie sind Multiplikatorinnen. Das läuft so: In neu gegründeten Kommissionen auf regionaler

Ebene und in Arbeitsgruppen tauschen die Landarbeiter\*innen sich über Themen wie Sexismus und Rassismus aus. Sie einigen sich auf gemeinsame Ziele und entwickeln Aktionspläne. Konkrete Forderungen bringen sie dann in die Gewerkschaften ein und im Idealfall sind die Forderungen schließlich Bestandteil der nächsten Tarifverhandlungen im Betrieb.

Doch nicht nur am Arbeitsplatz sind Frauen und schwarze Brasilianer\*innen systematischer Diskriminierung ausgesetzt. „Auch in der Gewerkschaft“, meint de Souza. In der Tat sind die meisten Chefs der großen Gewerkschaften – auch die der linken – weiße Männer. In vielen Gewerkschaften herrscht eine Machokultur und lange Zeit konnten Frauen noch nicht einmal Mitglied werden. Doch es scheint sich langsam etwas zu ändern.

Ein wichtiger Schritt: In der CONTAR wurde eine Quote durchgesetzt, 30 Prozent aller Posten müssen nun mit Frauen besetzt sein. Es sind kleine Schritte, aber de Souza glaubt: „Viele Frauen wissen heute, wie sie sich wehren können.“

**Autor:** Niklas Franzen ist Journalist, er hat lange in Brasilien gelebt und recherchiert dort auch heute immer wieder vor Ort.

Ansprechpartnerin für das Projekt im DGB Bildungswerk ist Flavia Nozue.

# In Kürze

## Rechte älterer Menschen

Weltweit sind ältere Menschen in vielerlei Hinsicht in ihren Grund- und Menschenrechten eingeschränkt. Davon zeugen zunehmende Altersarmut und alltägliche Diskriminierung, etwa auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitssystem oder bei der Bildung. Diese Schutzlücke wollen die Vereinten Nationen schließen.



Credit: Flickr CCL, Christian Kothe

Im April hat der UN-Menschenrechtsrat auf seiner Sitzung deshalb eine Resolution zum Schutz Älterer verabschiedet. Nun soll eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe einen Vertragstext formulieren, der in eine UN-Konvention für die Rechte Älterer münden soll. „Die Resolution ist der entscheidende Schritt zur dringend notwendigen, international rechtsverbindlichen Konvention zum Schutz der Rechte älterer Menschen“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel. „Ältere Menschen brauchen weltweit gleiche Rechte, Würde und Schutz. Dazu gehört auch, gesellschaftliche Vorurteile und Ungleichheiten abzubauen, um eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft zu fördern. Eine neue Bundesregierung ist aufgefordert, den Prozess zu einer UN-Konvention aktiv voranzutreiben.“

## Mehr Geschlechtergerechtigkeit

Eine gute Sozialpolitik muss darauf ausgerichtet sein, bei der Gleichstellung von Frauen weiter zu kommen. Das zeigt die Internationale Arbeitsorganisation ILO in einem neuen Arbeitspapier. Dabei nur an Mutterschaftsgeld zu denken, reiche nicht, erklärt ILO-Direktorin Shahra Razavi: „Ein solcher Schwerpunkt berücksichtigt nicht das gesamte Spektrum der Risiken im Lebenszyklus und der strukturellen Hindernisse, mit denen Frauen konfrontiert sind, zum Beispiel Arbeitslosigkeit oder kleine Kinder im Haushalt, wenn kein Partner vorhanden ist“. Weltweit hätten nur 28 Prozent der Frauen einen umfassenden gesetzlichen Sozialschutz, bei den Männern seien es knapp 40 Prozent. Da Klimakrise, Konflikte, Pandemien Frauen und Mädchen besonders trafen, diese zahlreich seien und so Ungleichheiten nochmal verschärft würden, sei die Lage derzeit „besorgniserregend“.

**Mehr Infos:** <https://www.ilo.org/publications/making-social-protection-work-gender-equality-what-does-it-look-how-do-we>

## Arbeitskräfte weltweit stärken

Gewerkschaften drängen darauf die Entwicklungszusammenarbeit stärker auf die Rechte von Arbeitnehmer\*innen auszurichten. Einen entsprechende Erklärung haben sie an den Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit bei der OECD (Development Assistance Committee, DAC) gerichtet. Eric Manzi, Vize-Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB: „In einer Welt, in der Millionen Arbeitskräfte in Armut gefangen sind, obwohl sie einen Arbeitsplatz haben, muss die Entwicklungszusammenarbeit eine positive Kraft sein. Das bedeutet die Förderung menschenwürdiger Löhne, die Stärkung der Institutionen des Arbeitsmarktes und die Gewährleistung des Zugang zum Sozialschutz.“

**Die Erklärung:** <https://www.ituc-csi.org/Strengthening-Development-Cooperation-for-social-justice?lang=en>

## Existenzsichernde Löhne

Jahrzehntelang haben Gewerkschaften darauf hingearbeitet: Die Internationale Arbeitsorganisation ILO bietet Regierungen und Sozialpartnern künftig technische Unterstützung an, um existenzsichernde Löhne zu ermitteln und umzusetzen. Nach Schätzungen verdient weltweit jede\*r fünfte Arbeitnehmende nicht genug, um sich und die Familie aus der Armut zu befreien. „Existenzsichernde Löhne sind eine Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“, sagte der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB), Luc Triangle. Die Arbeitnehmer\*innen hätten „lange genug“ warten müssen. Das neue Programm sei nun ein „entscheidender Schritt, um die Forderungen der Gewerkschaften in konkrete Maßnahmen umzusetzen“.

**Info:** <https://www.ilo.org/resource/news/first-ever-ilo-programme-living-wages-launched-heads-ilo-ituc-and-ioe>



Credit: Alameda film

## Filmtipp: An Unfinished Film

Wie hat die Covid-Pandemie die Arbeitswelt verändert? Das zeigt der chinesische Filmregisseur Lou Ye, dessen Werke immer wieder auf den Zensurlisten seines Heimatlandes stehen, mit seinem aktuellen Movie „An unfinished film“. Es ist eine Mischung aus Spiel- und Dokfilm, besser ein Film übers Filmen. Zu Beginn, im Jahr 2020, trifft sich die Filmcrew, die zehn Jahre an einem Spielfilm gearbeitet hat, dessen Thema gar nicht richtig deutlich wird, in der Nähe von Wuhan, um das Projekt fertig zu stellen. Genau da aber bricht die neuartige Virusseeuche aus. Der Drehort wird zum ersten Standort mit Lockdown unter restriktivsten Bedingungen. Trotzdem setzen die Filmleute die Arbeiten fort, die ursprünglich geplante Handlung gerät angesichts des Katz-und-Maus-Spiels mit den Kontrolleur\*innen völlig in den Hintergrund. Der Film wird zur Dokumentation einer düsteren Erfahrung mit autoritärem Krisenmanagement, die gerade mal ein paar Jahre her ist.

**Ab 8. Mai im Kino**

### IMPRESSUM

DGB Bildungswerk e. V.  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführung: Claudia Meyer  
Amtsgericht Düsseldorf VR 5046  
V.i.S.d.P.: André Edelhoff  
Projektleitung: Valerie Franze  
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms  
Layout: VOIGT.GRAFIK, Düsseldorf; [www.voigtgrafik.de](http://www.voigtgrafik.de)

Tel: +49 (0) 211 4301-329  
Fax: +49 (0) 211 4301-500  
Email: [nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

ISSN 2748-9841

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Eine Publikation im Rahmen des Projekts  
Gute Arbeit weltweit.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



## Gute Arbeit weltweit

Unsere Lebens- und Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft können wir nur verstehen und verändern, wenn wir globale Entwicklungen und Zusammenhänge mitdenken. Dafür bietet das Projekt Gute Arbeit weltweit Informations- und Bildungsmaterialien sowie Seminare an.



**Themenheft**  
Unternehmens-  
verantwortung weltweit  
Potenzial des Lieferketten-  
gesetzes für die Gewerk-  
schaftsarbeit

**> Hier bestellen**



**Methodenheft**  
**Für die politische**  
**Bildungsarbeit**  
Menschenrechte in  
Globalen Lieferketten

**> Hier bestellen**

## NORDSÜD NEWS abonnieren:

[www.dgb-bildungswerk.de/weltweit/newsletter-nord-i-sued-news](http://www.dgb-bildungswerk.de/weltweit/newsletter-nord-i-sued-news)

